

(Minister Clement)

(A) Daß in der vor uns liegenden Zeit die Gesellschafter - die Städte, Bund und Land - voraussichtlich 2 Milliarden DM in die Schieneninfrastruktur zum Flughafen Köln/Bonn investieren werden und daß eine ebensolche Größenordnung in Düsseldorf - plus Schieneninfrastruktur - investiert wird, macht mich etwas zuversichtlicher, daß wir auf die Dauer die niederländische Herausforderung bestehen. - Ich danke Ihnen sehr für Ihr Interesse.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 08? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Wer der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1608** seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der **Einzelplan 08** ist mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung gegen die Stimmen der CDU in zweiter Lesung **angenommen.**

(Zurufe von der CDU in Richtung SPD - Heinz Hardt [CDU]: Eine Enthaltung! - Gegenruf des Klaus Matthiesen [SPD]: Sie sind doch geistig gar nicht da!)

(B) Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen noch etwas mitzuteilen. Mir liegt eine schriftliche Erklärung zur Abstimmung des Herrn Abgeordneten Jens Petring von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung vor. Sie wird in das Protokoll aufgenommen.¹⁾

(Unruhe)

Das ist eine schriftliche Erklärung, die nicht hier vorgetragen wird, aber im Protokoll erscheint.¹⁾

(Klaus Matthiesen [SPD]: Und was steht da drin?)

Es liegt ferner eine schriftliche Erklärung nach der gleichen Bestimmung der Geschäftsordnung des Herrn Abgeordneten Stefan Bajohr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Auch diese Erklärung wird ins Protokoll aufgenommen.

¹⁾ Text der Erklärungen s. Anlage

(Heinz Hardt [CDU]: Tolle Sache! Diese Finanzleute und schon Absatzbestrebungen! Enorm! - Klaus Matthiesen [SPD]: Nach welchem Paragraphen der Geschäftsordnung? - Gegenruf des Heinz Hardt [CDU]: § 56 Abs. 2!)

(C)

- § 56 Abs. 2.

Ich rufe auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hierzu liegt die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1607 vor.

Wir beginnen mit dem Bereich:

a) Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hombach hat vorhin darauf hingewiesen, daß Politik in schwierigen Zeiten starke Mütter brauche; eine davon sei die Wirtschaftspolitik. Ich denke, daß die Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik ebenfalls eine dieser starken Mütter ist, die wir brauchen.

(D)

Wenn wir uns aber die bundespolitischen Rahmenbedingungen dafür ansehen, müssen wir feststellen, daß zur Zeit seitens der Bundesregierung systematisch eine Zerstörung des sozialen Friedens auf drei Ebenen unternommen wird:

Erstens. Die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war der schlimmste sozialpolitische Einbruch, den sich jemals eine Bundesregierung in diesem Land erlaubt hat.

(Beifall bei der SPD und des Daniel Kreutz [GRÜNE])

Die Geister, die der Bundeskanzler gerufen hat, wird er nun nicht los; da kann er noch so dementieren. Die Tatsache, daß im Jahr 1996 allen Ernstes die Forderung nach Änderung des Streikrechtes erhoben worden ist und erhoben werden kann, sollte ihm und vielen anderen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

(Kuschke [SPD])

- (A) Zweitens. Wir haben es mit einer unglaublichen Zerschlagung unseres Gesundheitssystems zu tun. Die Gesetze zur Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung bilden da nur den vorläufigen Höhepunkt - so ist jedenfalls zu befürchten. Mit den Auswirkungen haben es bereits jetzt die betroffenen behinderten und pflegebedürftigen Menschen im Bereich der häuslichen Pflege und viele andere mehr zu tun, die auf Wiederherstellung ihrer Gesundheit und auf Rehabilitation in den Kurorten unseres Landes angewiesen sind. Dieses Thema werden wir, wie Sie wissen, am Freitag vertiefen.

Die heutige Veranstaltung steht ja unter einem bestimmten Motto. Herr Kollege Arentz - er ist nicht da -, was ich Ihnen immer schon einmal sagen wollte - er hat nur das Pech, nicht darauf antworten zu können; ich will das zum Nachlesen tun -: Was im gesundheitlichen Bereich an Kahl-schlag vorgenommen worden ist, stößt mittlerweile auf Protest, der einmalig in der Bundesrepublik ist. Es liegt eine gemeinsame Erklärung vor unter der Überschrift "Wir machen uns stark - Bündnis für die solidarische Krankenversicherung", die eine Vielzahl von Verbänden unterschrieben haben, unter anderem die Arbeiterwohlfahrt, der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, die Lebenshilfe, Reichsbund, VdK, die Krankenkassen, die Verbraucherverbände.

(B)

Ich sehe im Augenblick nur einen Sozialpolitiker der CDU noch hier anwesend.

(Bodo Champignon [SPD]: Wo denn?)

- Herr Henke ist in dem zuständigen Ausschuß, Herr Kollege Champignon. Ich denke, er und Kollege Arentz sind in mindestens einer der Organisationen, die ich gerade vorgelesen habe, Mitglied. Sie hätten sich eigentlich mit ihrer Unterschrift an dieser Erklärung beteiligen müssen.

Die dritte Ebene: Ein weiterer Kahl-schlag in der Arbeitsmarktpolitik. Im Gesetz zur Arbeitslosenhilfereform findet eine Ausgrenzung junger Menschen aus Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen statt. Im Arbeitsförderungsreformgesetz fallen viele Menschen aus der Förderung durch die Bundesanstalt in die kommunale Sozialhilfe. - Wir hier haben von seiten der CDU immer die bitteren Klagen über den schwierigen Zustand der Kommunen zu hören. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren von der CDU, sind es

Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, die dieser Entwicklung tagtäglich Vorschub leisten.

(C)

(Beifall bei der SPD - Bodo Champignon [SPD]: Deshalb reden sie hier auch nicht!)

Meine Damen und Herren, es ist eine bittere Situation: Der derzeit unbefriedigende Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit bedeutet für Nordrhein-Westfalen 1997 einen Rückgang von fast 32 000 geförderten Maßnahmen im Bereich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Fortbildung und Umschulung. Wir befürchten, daß wir 1997 in Nordrhein-Westfalen 8 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weniger und 24 000 Maßnahmen im Bereich F und U weniger fördern können.

Fazit: Während viele politisch besonnene Kräfte der Koalitionsregierung hier und viele andere außerhalb des Parlaments als Partner darüber nachdenken, wie denn eine Gemeinschaftsinitiative für wirklich mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit auf den Weg gebracht werden kann, während eigentlich eine Aufbruchstimmung notwendig ist und man den Menschen klarmachen muß, daß es Sinn macht, sich daran zu beteiligen, unternimmt die CDU alles, um den sozialen Frieden in unserem Land zu zerschlagen und einen der wichtigsten Standortfaktoren und die wichtigste Motivation mit für eine solche Gemeinschaftsinitiative zu zerstören.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen wir bei den Haushaltsberatungen versuchen, im Ringen miteinander die richtigen Wege zu gehen. Wir glauben im Bereich der Sozialpolitiker der Koalitionsfraktionen, daß wir mit dem Einzelplan 07 in der Tat trotz schwieriger Rahmenbedingungen die richtigen Schwerpunkte setzen. Wir sind der Landesregierung dafür dankbar, daß sie wiederum einen Entwurf vorgelegt hat, in dem wir ein arbeitsmarktpolitisches Programm mit einem Volumen von über einer Milliarde DM vorfinden und in dem wir die wichtigen europäischen Programme auch kofinanzieren können, aber wir haben - das ist parlamentarischer Brauch - auch von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, diesen Regierungsentwurf noch zu verbessern.

So haben wir bei den ergänzenden Förderungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Erhöhung um 4 Millionen DM vorgeschlagen. Ein entsprechender gemeinsamer Antrag liegt zur zwei-

(Kuschke [SPD])

- (A) ten Lesung vor. Wir möchten über dieses Programm im Rahmen von "Arbeit statt Sozialhilfe" ein Jugendbeschäftigungsprogramm für Nordrhein-Westfalen auflegen und damit zusätzliche reguläre Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche unter 25 Jahren, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der Tatsache, daß die Quote der Jugendarbeitslosigkeit weit über der Quote der Arbeitslosigkeit insgesamt liegt, tut dies auch not.

Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, daß im Regierungsentwurf mit einem Ansatz von 220 Millionen DM die weitere Umsetzung des zweiten Landesaltenplans stattfindet. Wir legen auch hierzu eine Änderung vor. Wir wollen gemeinsam, daß die Mittel für die Altererholung wieder auf 5 Millionen DM heraufgesetzt werden. Wir wollen dem Petitum des Landesrechnungshofs nachkommen und bei diesem Förderbereich uns noch stärker als bislang um die besonders Bedürftigen kümmern. Wir tun dies in unserem Änderungsantrag sowohl in der Höhe als auch beim Förderschwerpunkt in voller Übereinstimmung mit allen Wohlfahrtsverbänden, die uns dies nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich als Wunsch geäußert haben.

- (B) (Beifall bei der SPD - Bodo Champignon [SPD]: Sehr gut!)

Ein dritter Änderungsvorschlag betrifft folgendes: Über 80 % aller sozialen Leistungen im Lande Nordrhein-Westfalen werden durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erbracht. Über 1,5 Millionen Menschen betätigen sich freiwillig engagiert in den Wohlfahrtsverbänden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen - historisch gewachsen - eine enge Verbindung der ehrenamtlichen Arbeit mit den verbandlichen Strukturen. Wenn wir dies erhalten wollen, dann tun wir gut daran zu sagen, daß diese Arbeit zwar nicht - das wollen die engagiert tätigen Ehrenamtlichen auch nicht - finanziell vergütet wird, aber es wird auch im Ehrenamt eine Qualifizierung über Fort- und Weiterbildung benötigt. Wir schlagen daher zur zweiten Lesung eine Erhöhung um 1 Million DM vor.

Der letzte Änderungsantrag betrifft die Bekämpfung der Suchtgefahren. Hierzu schlagen wir eine Erhöhung um 3 Millionen DM vor. Wir wollen dieses Geld insbesondere einsetzen für den Bereich

- der Prävention, für die stärkere Ausrichtung auf bestimmte Gruppen von Abhängigen, so beispielsweise mit dem Schwerpunkt "Frauen und Sucht". (C)

Herr Kollege Arentz, der jetzt nicht da ist, aber das alles, wie wir ihn kennen, nachlesen wird, hat in der letzten Ausgabe seines Hausblattes "Welt am Sonntag" - ich kaufe mir das Blatt nicht, lese das aber hin und wieder im Pressespiegel nach - in der Tat behauptet, das Land Nordrhein-Westfalen und die Koalitionsfraktionen würden Mittel im Bereich der Drogenpolitik und der Prävention kürzen. Er hat in diesem Artikel schlichtweg die Unwahrheit gesagt. Das Gegenteil ist der Fall: Wir erhöhen die Mittel in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD - Horst Vöge [SPD]: So kennen wir ihn!)

Insgesamt gibt es ein unerträgliches Abstimmungsverhalten der CDU. Im Ausschuß hat sie sich bei diesen Änderungsanträgen entweder enthalten oder die Vorschläge sogar abgelehnt. In dem mehrseitigen Änderungsantrag der CDU, der uns heute unter der Überschrift "In die Zukunft investieren" vorliegt, wird kein einziges Wort über Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik eingeführt.

- (Zuruf von der SPD: Unglaublich!) (D)

Soviel ist diesen Damen und Herren für die Zukunft unseres Landes der so wichtige sozialpolitische Bereich wert.

Es geht nicht darum, daß wir die Notwendigkeit des Sparens bestreiten. Es geht aber doch um folgendes: Es kommt darauf an, die Ursachen für die notleidenden sozialen Sicherungssysteme zu erkennen. An erster Stelle ist als Ursache die Arbeitslosigkeit zu nennen. Wir brauchen strukturelle Reformen statt ein Herumdoktern. Für uns bleibt der Erhalt der sozialen Gerechtigkeit und die Übermittlung an die Menschen, daß sie mit gleichen Lasten befrachtet werden und nicht, daß die kleinen Menschen mehr Lasten schultern müssen als die Großen und die Reichen, eine wichtige Richtschnur unserer Politik.

Meine Damen und Herren, dies alles hat - das möchte ich gern mit Erlaubnis des Präsidenten zum Schluß zitieren - der Vorsitzende des Landesverbandes VdK in Nordrhein-Westfalen so formuliert:

"Die Solidargemeinschaft muß zusammenhalten und zusammenbleiben. Wenn die Sozial-

(Kuschke [SPD])

- (A) systeme ordnungspolitisch richtig finanziert werden und alle Bürger den fälligen Beitrag dazu leisten, dann bleibt ein angepaßtes Sozialsystem auch in Zukunft eine stabile Lebensgrundlage für uns alle."

Der Einzelplan 07 wird vieles mit auf den Weg bringen und anstoßen, das diesem Ziel gerecht werden kann. Wir werden ihn daher unterstützen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren. Das gilt zumindest für die Koalitionsfraktionen. Der Oppositionsfraktion empfehle ich das Nachlesen dieser und anderer Äußerungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Kreutz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

- (B) **Daniel Kreutz (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was der Kollege Kuschke gerade zu den bundespolitischen Rahmenbedingungen vorgetragen hat, können wir voll unterstreichen. Wir sind ja, nicht zuletzt um dem alternative Signale entgegenzusetzen, schon mit dem Haushalt 1996 als Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen angetreten, um bei Arbeit, Sozialem und Gesundheit über die Sicherung bestehender Strukturen hinaus notwendige Weiterentwicklungen einzuleiten, wie sie ja auch der Koalitionsvertrag vorsieht.

Unsere Fraktion hat dann die Erfahrung gemacht, daß sich die administrative Umsetzung der im Haushalt 1996 vorgesehenen neuen Maßnahmen teils stärker verzögerte, als wir das für möglich gehalten haben, und teils auch völlig unterblieb. Wir haben gelernt, daß Haushaltsbeschlüsse des Parlaments den zuständigen Minister nur ermächtigen, entsprechende Ausgaben zu tätigen, ihn aber keineswegs dazu verpflichten.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Katrin Grüber)

Haushaltswirtschaftliche Maßnahmen trugen dazu bei, daß die mit dem Haushalt 1996 beabsichtigten Weiterentwicklungen ganz überwiegend nicht realisiert werden konnten - sozusagen ein zunächst verlorenes Jahr.

Unsere Fraktion bemühte sich in den Haushaltsverhandlungen 1997 nach Kräften, einen ungeschmälernten zweiten Anlauf im kommenden Jahr zu ermöglichen, ohne den finanzpolitischen Konsolidierungskurs in Frage zu stellen. Sparen für Reformen, das ist und bleibt grüne haushaltspolitische Linie.

Das sich im Ergebnis bietende Bild beinhaltet nun aus unserer Sicht nicht nur Licht, sondern auch viel Schatten. Wir begrüßen, daß das Land seine Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau fortsetzt. Mit den veranschlagten Landesmitteln bleibt die Handlungsfähigkeit in der Arbeitsmarktpolitik insgesamt erhalten. Wir begrüßen insbesondere, daß wir im nächsten Jahr in das neue EU-Programm "Integra" einsteigen können, das Hilfen für am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Gruppen wie Haftentlassene, Suchtkranke oder erwerbslose Alleinerziehende bieten kann. Damit haben wir eine Hilfsmöglichkeit mehr für Menschen, die bisher nicht nur aus dem Arbeitsmarkt, sondern auch aus der Arbeitsmarktpolitik ausgegrenzt sind, obwohl gerade sie in besonderer Weise der Unterstützung der Solidargemeinschaft bedürfen.

In diesen Zusammenhang gehören auch die Landesprogramme "Arbeit statt Sozialhilfe" und "Soziale Wirtschaftsbetriebe". Bei "Arbeit statt Sozialhilfe" konnten wir 1996 die im Koalitionsvertrag vereinbarten qualitativen Verbesserungen noch nicht erreichen, obwohl wir insbesondere dafür erhebliche zusätzliche Mittel und Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt hatten. Der Auftrag ist erstens, sicherzustellen, daß die Einkommen im Rahmen von "Arbeit statt Sozialhilfe" ausreichen, damit die Leute aus der Sozialhilfe herauskommen. Das Programm heißt ja auch nicht "Arbeit mit Sozialhilfe", sondern "Arbeit statt Sozialhilfe". Zweitens soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, etwa durch Refinanzierung von Kinderbetreuungskosten.

Aus der Praxis haben wir inzwischen auch Hinweise auf weitere Entwicklungs- und Korrekturbedarfe. Der Minister hat eine wissenschaftliche Untersuchung des Programms in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse ab dem Frühjahr erwartet werden.

Wir wollten durch eine Überrollung des Haushaltsansatzes Spielräume für den frühestmöglichen Einstieg in entsprechende Verbesserungen offenhalten. Wir hoffen, daß wir trotz der Kürzung ge-

(C)

(D)

(Kreutz [GRÜNE])

(A) gegenüber dem Vorjahr, die wir im Ergebnis hinzunehmen haben, nicht nur nochmals mehr Stellen fördern, sondern auch mit konzeptionellen Reformen beginnen können.

Die Umsetzung des Programms "Soziale Wirtschaftsbetriebe", die als neues Instrument der Arbeitsmarktpolitik vor allem Langzeiterwerbslose in reguläre Arbeit bringen sollen, brauchte mehr Zeit als gedacht. Wir konnten erreichen, daß für 1997 als nun faktisch erstem Förderjahr das gleiche Mittelvolumen wie 1996 bereitsteht. Die SPD hat uns auch die politische Zusage gegeben, daß der finanzielle Gesamtrahmen für die ersten fünf Jahre entgegen der im Haushaltsentwurf ausgewiesenen Kürzung um 20 % unvermindert erhalten bleibt.

Bei den neuen Ansätzen in der Sozialpolitik ist das Modellvorhaben "Sozialbüros zugunsten von Sozialhilfeberechtigten" vielversprechend angelaufen. 1997 wird mit der Arbeit am ersten offiziellen Armutsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen begonnen.

Wir hoffen daß das 1996 eingerichtet Förderprogramm "Hilfen für Wohnungslose", das auch für das kommende Jahr unvermindert fortgeschrieben wird, noch vor Jahresende tatsächlich starten kann.

(B) Bei dem 1996 mit gut 4 Millionen DM ausgestatteten Ansatz zur Förderung neuer Wohnformen für Pflegebedürftige, zu der das Wohnungsministerium seine Möglichkeiten beitragen wird, ist die Entwicklung der Förderkonzeption noch nicht abgeschlossen. Zwar konnte die im Haushaltsentwurf vorgesehene komplette Streichung der Mittel verhindert werden, nicht aber ihre Halbierung.

Ebenfalls verhindert werden konnte der Wegfall der Förderung von Erholungsmaßnahmen für bedürftige alte Menschen - Kollege Kuschke hat darauf hingewiesen -, aber die Kraft reichte nicht, um - wie noch im Vorjahr - eine deutliche Kürzung abzuwenden.

1996 hatten wir 2 Millionen DM plus Verpflichtungsermächtigung zur Unterstützung der berufsbegleitenden Altenpflegeausbildung bereitgestellt. Damit sollte Hilfskräften ermöglicht werden, sich zu Pflegefachkräften weiterzuqualifizieren. Ich erinnere daran, daß die Helferqualifizierung gegen unser Votum damals im Altenpflegegesetz verankert wurde mit dem Versprechen, daß es hier

eine Durchlässigkeit zur Vollqualifizierung geben wird. Gespräche mit dem Ministerium hatten uns in dem Glauben zurückgelassen, daß wir da bis 1998 - also Übergangsfrist Heimpersonalverordnung - eine Perspektive gefunden hatten. Um so größer unser Erstaunen, daß der Haushaltsentwurf die Mittel auf Null setzte und uns Mitte Oktober eröffnet wurde, daß von der geplanten Förderung Abstand genommen worden sei. An diesem Sachstand haben wir nichts ändern können.

Im Bereich der Gesundheitspolitik hatten die Koalitionsfraktionen 1996 einen mit 3 Millionen DM ausgestatteten Fördertopf für modellhafte Angebote im Rahmen der gemeindenahen ambulanten und komplementären psychiatrischen Versorgung etabliert. Dabei hatten wir insbesondere die Schnittstellen zwischen der psychiatrischen Medizin und anderen sozialen oder gesundheitlichen Problemen im Blick. Da ist nicht nur die Frage der Integration in Arbeit, sondern auch die Problematik mehrfach betroffener Menschen, bei denen zum Beispiel psychische Erkrankung mit Wohnungslosigkeit oder mit Suchtproblemen zusammenrifft. Bemühungen zur Entwicklung einer Förderkonzeption oder zur Information der potentiellen Trägerlandschaft über die neue Fördermöglichkeit waren jedoch nicht erkennbar. Ausgehend von dem Ziel, die Mittel für einen zweiten Anlauf 1997 zu überrollen, haben wir auch hier eine drastische Kürzung hinzunehmen.

Vom in diesem Jahr geschaffenen Spielraum zur stärkeren Unterstützung der gesundheitlichen Selbsthilfe bleibt auch nur ein kleinerer Teil übrig.

Unsere Drogen- und Suchtpolitik, meine Damen und Herren, entspricht bisher noch nicht den Reformervwartungen, die hier in besonderer Weise an uns gerichtet sind. Selbst die Umsetzung von Reformbeschlüssen der früheren Landesregierung soll zum größten Teil noch ausstehen. Von einer offensiven Akzeptanzwerbung für neue Wege einer rationalen und akzeptierenden Drogenpolitik war wenig zu spüren.

Der Versuch der Koalitionsfraktionen, mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel im 96er Haushalt Luft für notwendige und längst überfällige Weiterentwicklungen in der Suchthilfe zu schaffen, litt unter haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen und unter haushaltsrechtlicher Kurzatmigkeit. Ein Ausbau des Hilfesystems für die Opfer der herrschenden Drogenpolitik und der Suchtgesellschaft ist aber ohne mittelfristige finanzielle Perspektiven, die sich gewöhnlich in Verpflichtungsermächtigung

(Kreutz [GRÜNE])

(A) gungen darstellen, nicht umsetzbar. Wir haben den Einstieg in solche Perspektiven für 1997 nicht erreichen können und müssen hinnehmen, daß ein Teil der freigewordenen Mittel aus der Suchtpolitik abgezogen wird. Ich befürchte, daß wir demnächst ein Landessuchtprogramm verkünden, dem zumindest im nächsten Jahr die angemessene materielle Basis teilweise fehlt.

Zwar haben wir für die zielgruppenspezifische Weiterentwicklung im Bereich HIV und AIDS erneut 1,5 Millionen DM an Barmitteln erhalten können, aber ohne eine Verpflichtungsermächtigung ist der Ausbau von Hilfestrukturen anstelle kurzfristiger Strohfeuer auch weiterhin nicht möglich.

Selbstverständlich begrüßen wir die punktuellen Verbesserungen, etwa bei der Frühförderung für behinderte Kinder, und auch die Schadensbegrenzungen, die in den gemeinsamen Anträgen der Koalitionsfraktionen vorgesehen sind. Die GRÜNEN-Landtagsfraktion ist sich auch überaus bewußt, daß zwischen dem jetzigen Sozialhaushalt und einem, auf den die CDU Einfluß nehmen könnte, wirklich Welten liegen.

(B) Gleichwohl haben wir festzustellen, meine Damen und Herren, daß wir 1997 aus einem Teil der Verbesserungen aussteigen, in die wir 1996 erst eingestiegen zu sein glaubten. Das finanzielle Reformvolumen für Arbeit, Gesundheit und Soziales sinkt jetzt um 20 %. Wenn dies objektiven Zwängen geschuldet wäre, dann wäre dagegen wenig zu sagen. Da aber unsere Koalition grundsätzlich darin übereinstimmt, daß im Gesamthaushalt kurzfristig eine viertel Milliarde DM und mittelfristig eine halbe Milliarde DM verantwortbar eingespart werden kann, wird es schwer zu erklären sein, warum nicht ein Teil davon für soziale Verbesserungen bereitgestellt werden kann, zumal die Bevölkerung aus Bonn nur noch die Abrißbirne um die Ohren kriegt.

Meine Damen und Herren, wie Sie der Presse entnehmen konnten, hat unsere Fraktion die Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen bei sieben Gegenstimmen und vier Enthaltungen mehrheitlich gebilligt. Als sozialpolitischer Sprecher meiner Fraktion respektiere ich diese demokratische Entscheidung. Deshalb bitte ich, dem Einzelplan 07 in der Abstimmung nachher Ihre Zustimmung zu geben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Horstmann das Wort. (C)

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 07 weist für 1997 einen Barmittelansatz in Höhe von 6,645 Milliarden DM aus. Das ist ein echtes Plus von 2,5 %, wenn man die Umverlagerung von Mitteln im Verhältnis zum GFG herausrechnet.

Ich glaube, man darf sagen, daß dies angesichts der schwierigen Haushaltslage eine beachtliche Leistung und ein wichtiger Beitrag gegen die Bonner Politik des Sozialabbaus ist.

Die Möglichkeiten des gezielten Gegensteuerns werden auch in Nordrhein-Westfalen immer enger. Das kann auch nicht anders sein; man muß sich bloß klarmachen, daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr 142,5 Milliarden DM gekostet hat. Die sozial- und finanzpolitische Architektur hat Risse bekommen: Fast 4 Millionen Arbeitslose reißen immer tiefere Löcher in die Sozialkassen und in die öffentlichen Haushalte. Die Politik der Bundesregierung entläßt immer mehr Menschen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und höhlt damit die sozialen Sicherungssysteme aus. Zu den Feststellungen gehört leider auch, daß die Umverteilungspolitik der letzten vierzehn Jahre den Lohnsteuerstaat zur bitteren Wirklichkeit der Arbeitnehmer hat werden lassen: Immer höhere Lasten tragen die schwächeren Schultern, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der SPD)

Die eigentliche Enttäuschung des Jahres 1996 ist, daß die Beschäftigungskrise abermals nicht zum Anlaß genommen wurde, um gemeinsam unter allen Verantwortlichen nach Lösungen zu suchen. Heute, am Ende des Jahres, das mit dem Angebot eines Bündnisses für Arbeit begonnen hatte, herrscht Kampfstimmung.

Besonders schlimm daran ist, daß diese Stimmung von oben kommt. Die Bundesregierung hat das Angebot der Gewerkschaften zeitlich befristet zu taktischen Zwecken mißbraucht, im übrigen aber ungenutzt verstreichen lassen. Das Klima in Betrieben und ganzen Branchen ist vergiftet wor-

(Minister Dr. Horstmann)

(A) den durch den Versuch einer Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für ein Ziel, das weitestgehend nicht erreichbar sein wird - wie man jetzt weiß - und das übrigens nicht mehr eingebracht hätte als das, was zwischenzeitlich mit der Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages an gegenteiliger Wirkung eingetreten ist. Was wir am dringendsten bräuchten, nämlich einen verlässlichen politischen Rahmen für den strukturellen Wandel überall in Deutschland, haben wir gerade nicht.

Wir haben eine Bundesregierung, die ihre kohlepolitischen Zusagen bricht, einen Bundesarbeitsminister, der seinen Haushalt als Steinbruch für den Finanzminister zur Verfügung stellen muß, und einen Gesundheitsminister, der beim Publikum Verunsicherung und bei den Kommentatoren aller Gazetten nur noch Verwirrung stiftet.

(Horst Vöge [SPD]: Nicht nur dort!)

Es bleibt dabei: Eine Volkswirtschaft läßt sich wirksam und sozialverträglich nur mit aktiver, gestaltender Politik auf Zukunftskurs halten. Dieser Gedanke ist auch Grundlage unserer arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen, die wir bei den Barmittelansätzen von 817 Millionen DM im Jahre 1996 auf 843 Millionen DM 1997 ausbauen. Das ist ein Plus von 3,2 %.

(B) Im nächsten Jahr stehen unter Einrechnung der eingeworbenen europäischen Mittel 1,5 Milliarden DM für die Unterstützung betrieblicher Modernisierungsprozesse, zur Flankierung des Strukturwandels durch Qualifizierung und Beschäftigung und für Beschäftigungsbrücken für Langzeitarbeitslose und andere Zielgruppen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, die vom Bundesgesundheitsminister eingebrachten und zum Teil bereits verabschiedeten Spargesetze entsprechen dem von ihm selbst angekündigten Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik. Kuren und Rehabilitation sind zusammen mit der Gesundheitsförderung und der häuslichen Krankenpflege Bereiche, in denen die Folgen dieser Politik unmittelbar durchschlagen und sich im Land bemerkbar machen.

Übrigens gibt es auch in der Gesundheitspolitik Kampfstimmung. Auch sie kommt aus Bonn, wie man am Wochenende beim Auftritt von Herrn Seehofer vor der Kassenärztlichen Vereinigung sehen konnte.

Die oben erwähnten Kürzungsmaßnahmen aber helfen niemandem weiter und sind der Situation nicht angemessen. Statt den in den Ländern und von den Ländern aufgebauten gesundheitlichen Infrastrukturen die Grundlagen zu entziehen, läge es im Interesse der Patientinnen und Patienten und auch im Interesse des grundgesetzlich vorgesehenen Umgangs des Bundes mit den Ländern, wenn Herr Seehofer zur Sache und an den Verhandlungstisch zurückkäme. (C)

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird im kommenden Jahr entlang der Leitlinien der einstmals gemeinsam vereinbarten Gesundheitsstrukturgesetzgebung ihre Politik fortsetzen. Wir sind davon überzeugt, daß nur gesundheitspolitisch richtige Lösungen auf Dauer auch finanzpolitisch richtige Lösungen sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir setzen nicht auf kurzatmige Kostendämpfung zu Lasten der Versicherten, wir setzen auf Strukturwandel, auf einen Strukturwandel mit Augenmaß.

Eines der wichtigsten Prinzipien, die diesen Strukturwandel anleiten, ist der Grundsatz, wonach wir die ambulante Versorgung überall dort, wo es geht, ausbauen und auch dem stationären Versorgungsangebot vorangehen lassen. Das kommt den Bedürfnissen der Kranken entgegen, und es entspricht im übrigen finanzpolitischer Vernunft. (D)

Dies prägt auch unsere Politik im Krankenhauswesen. Für uns zählt Qualität, nicht Quantität. Das stellt für unsere Kliniken im Land eine Chance dar, können wir doch die knappen Mittel des Investitionsprogramms auf Modernisierung des Krankenhauswesens konzentrieren. Schwerpunkte der Förderung werden im nächsten Jahr die psychiatrischen Tageskliniken, die fachübergreifende Rehabilitation und in technischer Hinsicht die Funktionsbereiche unserer Krankenhäuser sein.

In der Drogenpolitik bleiben Helfen und Integrieren unsere Leitlinien. Im Therapiebereich konnten wir in den vergangenen Jahren ein bedarfsgerechtes Angebot aufbauen. Unsere Befürchtung muß jetzt sein, daß rund 20 % der Therapieplätze in Nordrhein-Westfalen den Bonner Spargesetzen zum Opfer fallen, und dies trotz steigenden Bedarfs.

(Minister Dr. Horstmann)

- (A) Zur Intensivierung der Aidsprävention und Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen für die Versorgung von Aidskranken werden im kommenden Jahr zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, trotz der schwierigen Haushaltssituation können wir in Nordrhein-Westfalen das Niveau der freiwilligen Landesleistungen im Bereich der Altenhilfe und der sozialen Maßnahmen im wesentlichen halten. Punktuell wird das Landesengagement sogar weiter intensiviert. Die Leitlinie "ambulant vor stationär" ist auch hier handlungsanleitend. Deshalb werden wir die pflegeergänzenden komplementären Dienste im Jahre 1997 mit einem Volumen von 67 Millionen DM weiter fördern, und wir werden mit einem Bewilligungsrahmen von 140 Millionen DM den Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege vorrangig vorantreiben.

Hinzu kommt ein sehr wichtiges Detail: In diesem Jahr wurden die Mittel für die Umsetzung des Betreuungsgesetzes um rund 13 Prozent erhöht. Der Ansatz 1997 steigt um etwa 2,8 Millionen DM auf nun ca. 11 Millionen DM. Wir ermöglichen damit einen ganz erheblichen qualitativen Fortschritt, weil wir so erreichen können, daß die einzelne Fachkraft viel mehr Zeit für die Unterstützung und Begleitung der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer zugunsten der psychisch kranken und der altersverwirrten Menschen erhält, um die es geht.

(B)

Angesichts der großen Herausforderungen des Arbeitsmarktes und der Herausforderungen in der Gesundheits- und Sozialpolitik verstehe ich das Verhalten der Opposition bei diesen Beratungen offen gestanden nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie negieren den Bedarf an sachlicher Problemlösungsarbeit. Das ist nicht gut für Nordrhein-Westfalen, aber - dessen bin ich sicher - es ist auch nicht gut für Sie. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Herr Abgeordneter Lieven, das sollten Sie sich zu Herzen nehmen! - Lebhaftige Gegenrufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dem Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales vor. Deswegen kommen wir zu dem zweiten Teil des Einzelplans 07:

b) Kinder, Jugend und Familie

(C)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Flessenkemper das Wort.

Bernd Flessenkemper (SPD): Ich grüße Sie, verehrte Präsidentin. Ich grüße die mitberatenden Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße die streikenden Kolleginnen und Kollegen der CDU. Bei ihnen läge es auf der Hand, einmal einen Bürgerentscheid durchzuführen.

(Lebhafte Zurufe von SPD und CDU)

Die Frage wäre dann - -

(Zuruf des Antonius Rösenberg [CDU])

- Nun mal nicht so aufgeregt, Herr Rösenberg!

Die Frage wäre dann: Soll man streikenden CDU-Abgeordneten auch noch Lohnfortzahlung gewähren?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Oder die Alternative könnte sein zu fragen: Soll man denjenigen, die ausdrücklich erklären, daß sie sich an der Arbeit nicht mehr beteiligen, nicht die Chance geben, gleich das Parlament um 89 Abgeordnete zu verkleinern?

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf: Vielleicht 30 DM abziehen!)

Ich bin mir ziemlich sicher, wie das ausgehen würde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für Kinder, Jugendliche und Familien in Nordrhein-Westfalen die wichtigste Botschaft vorab! Sie können sich auf die Landesregierung, sie können sich auf die SPD und auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlassen, anders als auf die CDU in Düsseldorf und in Bonn!

Nun werden Sie uns natürlich wieder vorhalten, wir sollten Sie nicht mit Bonn vergleichen. Wir können das sehr gut nachempfinden; denn an einer Kinder-, Jugend- und Familien- wie auch Sozialpolitik gemessen zu werden, die das Wort "sozial" nicht mehr verdient, nun, das kann, das muß Ihnen ja auch in Düsseldorf inzwischen wirklich peinlich sein.

(Flessenkemper [SPD])

- (A) Festzuhalten bleibt: Es gibt im Rahmen der Haushaltsberatungen hier in Düsseldorf von der CDU nicht einen einzigen Antrag, nicht eine einzige Initiative, so gut wie keinen Beitrag, keine Anregung zu den vorgesehenen Maßnahmen des Landes zum Bereich Kinder, Jugend und Familien. Das kann und muß nur so gedeutet werden: Entweder alles, was Rot-Grün für diesen Politikbereich hier in Nordrhein-Westfalen umsetzen, findet Ihre volle Zustimmung, oder Kinder, Mädchen, Jungen, Mütter, Väter und Alleinerziehende

(Zurufe von der CDU)

sind für die CDU so wie in Bonn nicht mehr wichtig genug, um sich politisch dafür einzubringen.

Die CDU - das haben wir heute morgen wieder deutlich zu spüren bekommen - hat sich aus der fachpolitischen Arbeit hier im Lande verabschiedet. Sie ist sprachlos oder hat möglicherweise einen entsprechenden Maulkorb verpaßt bekommen. Daher bleibt für uns nur der Blick nach Bonn, um unsere Leistungen dem gegenüberzustellen und um vergleichen zu können, was denn wäre, wenn die CDU hier in unserem Lande irgendetwas zu sagen hätte.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in unserem Lande können sich deshalb auf uns verlassen, weil wir im Rahmen unserer Möglichkeiten sozial gerecht, kontinuierlich und verlässlich die Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien gestalten und auch im nächsten Jahr wieder die entsprechenden Gelder dafür zur Verfügung stellen werden.

Und die CDU? - Über sie erfährt man täglich aus den Medien, worauf sie Anspruch erheben können. Gerade bei denjenigen, die es am dringendsten nötig hätten, wird gekürzt, wird gespart, wird von unten nach oben umverteilt. Das gilt insbesondere auch für die sozialen Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien.

Vergleichende Zahlen belegen dies. Die Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen sind im wesentlichen im Landesjugendplan zusammengefaßt. Die Ausgaben dort werden nach dem Entwurf der Landesregierung im nächsten Jahr um 3 Millionen DM steigen. So werden unter anderem die Mittel für die Ganztagsbetreuung um 1,5 Millionen DM erhöht, und es wird damit möglich, die Betreuung von Kindern im Grundschulalter auszubauen. Ein weiterer Schritt,

den wir zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen! (C)

Auf Initiative von GRÜNEN und SPD wird der Landesjugendplan darüber hinaus um weitere 1,4 Millionen DM verstärkt. Für die SPD-Fraktion ist dabei besonders wichtig, daß wir in sozial belasteten Stadtteilen durch professionelle Unterstützung die Koordination, Verknüpfung und Vernetzung verschiedener Einrichtungen und Angebote rascher realisieren können, damit die Menschen dort, Kinder, Jugendliche und Familien, Hilfe und Unterstützung finden, aber auch Chancen zur Selbststärkung wahrnehmen und nutzen können.

Dort, wo die CDU verantwortlich ist, aber ihre sozialpolitische Verantwortung eben nicht wahrnimmt, wird mittlerweile, für jeden sichtbar, gekürzt, allein im Bundesjugendplan im nächsten Jahr um rund 12 %. Damit nimmt diese Kürzung im Bereich der Haushaltsberatungen einen Spitzenplatz ein.

Ganze Programme innerhalb des Kinder- und Jugendplans wie beispielsweise die Mädchenarbeit werden dann kaum noch fortzuführen sein. In Nordrhein-Westfalen macht der Landesjugendplan mit Ausgaben von 194,3 Millionen DM deutlich: Der Landesregierung ist die Jugendarbeit, der Erhalt von Jugendfreizeiteinrichtungen, sind Ferienmaßnahmen, insbesondere auch für benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien, überaus wichtig. (D)

Dort, wo die CDU verantwortlich ist, aber ihre sozialpolitische Verantwortung eben nicht wahrnimmt, sind im Rahmen des Bundesjugendplans für die gesamte Republik gerade einmal 180 Millionen DM vorgesehen. Mit fast 200 Millionen DM stellen wir den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen mehr Geld zur Verfügung als der Bund für alle 16 Bundesländer zusammen. Das spricht für sich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Bereich der Familien- und Kinderhilfen sowie der Familienbildung - haben wir im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 123,6 Millionen DM vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber 1996 einen Anstieg um 3,9 Millionen DM.

Auch hier wieder das Kontrastprogramm der CDU in Bonn: Es wird deutlich gekürzt, bei Maßnahmen der Familienpolitik um sage und schreibe 17 %, 17 % im Einzelplan 017! Für Familien, Se-

(Flessenkemper [SPD])

- (A) nioren, Frauen und Jugend! Der gesamte Einzelplan, also nicht nur die familienpolitischen Maßnahmen, wird um 6,4 % gekürzt. Das sind fast 800 Millionen DM. Diese Kürzung ist prozentual dreimal so hoch wie die Kürzung des gesamten Bundeshaushalts. Das sind die Überraschungen der CDU für Familien aus Bonn - passend zur Weihnachtszeit.

Das Bonner Strickmuster ist leicht zu erkennen, ewig gleich: Kanzler und Familienministerin singen sonntags das Loblied auf Familien, und montags wird dann kräftig gekürzt. So ist das mit dem Widerspruch zwischen Worten und Taten bei der CDU.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In Düsseldorf werden wir für die Betriebskostenförderung der Kindergärten allein 1 600 Millionen DM im nächsten Jahr ausgeben, gegenüber diesem Jahr ein Anstieg um 165 Millionen DM. Zusätzlich sind für Investitionen rund 260 Millionen DM beabsichtigt. Damit wenden wir insgesamt in unserem Land etwa 1 800 Millionen DM auf. Dazu kommt der Beitrag, der noch höher ist, der von Kommunen, Trägern der Kirche, der Wohlfahrtsverbände, der Elterninitiative und die Elternbeiträge. Nur ein einziger hält sich vornehm zurück: der Bund. Im Bundeshaushalt finden Sie null Mark für Kindergärten, null Mark dort, wo die CDU noch verantwortlich ist, die sozialpolitische Verantwortung inzwischen aber nicht mehr erkennbar ist.

(B)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Unglaublich und bitter zugleich!)

- Ich danke für den Hinweis.

(Lachen bei der CDU)

Jeder, der unvoreingenommen, auch wenn dies schwerfällt, Düsseldorf und Bonn gegenüberstellt und überprüft, kann nur zu dem Ergebnis kommen, das ich eingangs bereits vorstellte: In Düsseldorf verlässliche Politik, in Bonn Abbau, Einsparungen und Kürzungen auf Kosten von Kindern, Jugendlichen und Familien!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da von der CDU im Rahmen der Haushaltsberatungen in den fachpolitischen Bereichen überhaupt nichts kam, hätte man ja wenigstens erwarten dürfen, daß im Gesamtantrag der CDU dazu etwas zu finden wäre; denn schließlich nimmt sie doch für sich in Anspruch, Ideen - an Konzepte bei der CDU wage

ich in dem Zusammenhang schon gar nicht mehr zu denken - für die Zukunftsfähigkeit des Landes beizusteuern. Welchen Stellenwert haben dabei die Menschen, welchen Stellenwert haben Kinder, Jugendliche, Familien im zukunftssträchtigen CDU-Trauma? Wenn Sie es nicht schon wissen, werden Sie es erraten: keinen! Kinder, Jugendliche und Familie kommen schlicht bei der Christlich-Demokratischen Union nicht mehr vor, wenn es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes geht.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gerade einmal auf 20 Zeilen von 14 Seiten spricht sie über Zukunftsträchtigkeit. Da geht es um Verkehrsinfrastruktur, um Schule und Hochschule, da geht es um --- Nein, da kommt nichts mehr. Ende, aus, Mickymaus! Das war's! Ansonsten wird nur gespart: Geld gespart, Personal gespart, politische Handlungsfähigkeit eingespart, freiwillige Leistungen eingespart. Was allerdings sofort und ohne jeglichen Verlust eingespart werden könnte, das fehlt, nämlich die CDU selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Dafür nennt sie zum Einsparen --- Frau Präsidentin!

(D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Entschuldigung! - Die Zwischenfrage von Herrn Matthiesen wollen Sie offensichtlich gern hören. Dann Herr Kollege Matthiesen, bitte!

Bernd Flessenkemper (SPD): Ich habe mich noch gar nicht geäußert. Ich wollte Sie nur auf Ihre Pflicht aufmerksam machen.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Sie müssen mich nicht auf meine Pflicht aufmerksam machen; das ist nicht nötig.

Bernd Flessenkemper (SPD): Entschuldigung, dann nehme ich das zurück.

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Sonst muß ich das nämlich rügen; aber das möchte ich nicht.

Klaus Matthiesen (SPD): Herr Kollege Flessenkemper, Sie sprachen eben - wie ich fand: völlig richtig - über die Bedeutung der jungen Generation und über die Bedeutung der Gesellschaftspolitik, der jungen Generation gerade in der jetzigen schwierigen Lage zu helfen. Stimmen Sie mir zu, wenn ich feststelle, daß auf unseren Zuschauerhängen überwiegend Jugendliche und junge Leute sitzen, die ein schlimmes Bild mit nach Hause nehmen müssen, wenn sie spüren, daß die Opposition hier noch nicht einmal bereit ist, sich an der Debatte über das wichtige Thema "Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen" zu beteiligen?

(Horst Vöge [SPD]: Weil sie keine Argumente haben!)

Bernd Flessenkemper (SPD): Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nur zustimmen. Leider ist das die Erfahrung nicht nur heute, sondern der letzten Monate. Das gibt das Bild, wie Politik von der CDU in diesem Politikbereich betrieben wird, in treffender Weise wieder.

(Beifall bei der SPD - Antonius Rüsenberg [CDU]: Das war nicht doll!)

Das tut sie nicht. Sie schaltet sich im Bereich der familienpolitischen Diskussion jetzt nicht ein, und sie wird es auch in den kommenden Jahren offensichtlich nicht mehr tun. Aber die Kinder, Jugendlichen und Familien in unserem Lande Nordrhein-Westfalen haben auch in schwierigen Zeiten eine verlässliche Perspektive und Zukunft, und deshalb wird die SPD-Fraktion auch diesem Teil des Einzelplans 07 zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Koczy das Wort.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe zahlreich zur Debatte "Kinder, Jugend und Familie" erschienene Jugendliche! Obwohl sich die CDU

im Ausschuß bei der Diskussion über den Haushalt mit Anträgen zurückgehalten hat - sie hat nämlich keinen einzigen eingereicht -, hat sie versucht, uns heute die Leviten zu lesen. Damit aber ist sie gescheitert. Ich frage mich, ob der CDU auch in voller Konsequenz klar war, daß sie sich damit fürs ganze Jahr 1997 aus der Diskussion "Kinder, Jugend und Familie" verabschiedet hat.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wie will die CDU ihr Mitspracherecht bei den spezifischen Themen, die wir im nächsten Jahr vor uns haben, einklagen? Wenn sie in diesem Augenblick nicht Rede und Antwort stehen und Kritik üben kann, wie dann im nächsten Jahr?

Unser Fazit ist, daß wir uns unabhängig von der negativen Bewertung durch die CDU und auch von dem von uns ganz und gar nicht nachvollziehbaren Agieren dieser Partei im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie im Fachbereich "Kinder, Jugend und Familie" mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf sehen lassen können: Der Haushalt ist überrollt worden. Dieser Vorgang muß vor dem Hintergrund einer sehr angespannten Haushaltslage und der Kürzung in vielen anderen Bereichen des Ministeriums - vergleichen Sie dazu die Vorrede meines Kollegen Kreutz - als positiv beurteilt werden.

Wir wissen aber, daß selbst die Überrollung eine indirekte Kürzung bedeutet und für die Träger der freien Jugendhilfe mit höheren Belastungen verbunden ist, weil zum Beispiel durch die Überrollung Tarifsteigerungen nicht aufgefangen werden können. Trotzdem können wir als Fachpolitikerinnen im Vergleich zufrieden sein, aber eben nur im Vergleich; denn wie immer haben wir natürlich weitergehende Wünsche, die nicht erfüllt werden können, und wie immer wissen wir auch um Haushaltstitel, die aus unserer Sicht noch aufgestockt werden müßten, so zum Beispiel die Mittel für das Freiwillige Ökologische Jahr, damit das erst im letzten Jahr angelaufene Programm gemäß Kabinettsbeschuß auch ausgebaut werden kann.

Nun zu weiteren Einzelheiten! Der Haushaltsentwurf im Bereich Kinder, Jugend und Familie erlitt gegenüber dem Haushaltsansatz 1996 keine großen Einbrüche. Da, wo uns der Haushaltsentwurf große Bauchschmerzen bereitete, nämlich bei den Investitionskosten für die Schaffung von Kindergartenplätzen, wurden wir durch die Ergänzungsvorlage doch sehr beruhigt. Durch die nun einge-

(C)

(D)

(Koczy [GRÜNE])

(A) stellten Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen rückt die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz in greifbarere Nähe. Zumindest von Landesseite steht dem nichts mehr im Wege, weil die notwendigen Mittel für die nächsten Jahre bereitstehen, das heißt: Jeder Antrag auf den Bau eines Kindergartenplatzes kann bedient werden. Darüber hinaus können 1 000 Hortplätze und 900 Plätze für unter Dreijährige mit Landesförderung geschaffen werden.

Die Anstrengungen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder bewerten wir auch als wichtiges frauenpolitisches Signal und hoffen, daß die Kommunen nun ihren Part dazu beitragen, um die Plätze in den unterschiedlichen Betreuungseinrichtungen zu schaffen.

Was unserer Fraktion nicht schmeckt, ist die nicht erfolgte Einrichtung von Kindergärten in landeseigenen Einrichtungen. Die damit verbundenen Probleme werden wir dann eben im kommenden Jahr angehen, um zu einer Übereinkunft zu kommen, zumal es konkretes Interesse an solchen Einrichtungen gibt.

(B) Als Fachpolitikerinnen sind wir natürlich besonders erfreut darüber, daß es im Laufe der Haushaltsverhandlungen gelungen ist, den Entwurf noch an drei Stellen zu verändern. Wir machen dazu folgende Vorschläge:

Zum ersten werden in den Landesjugendplan 500 000 DM zusätzlich für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf eingestellt. Diese können an die 21 Stadtteile in Nordrhein-Westfalen mit besonderem Erneuerungsbedarf verteilt werden. Durch dieses zusätzliche Geld wird kurzfristig Unterstützung möglich, zum Beispiel durch die Übernahme von Betriebskosten im Rahmen einer Projektförderung, die sonst nicht möglich wäre. Das bewerten wir als wichtiges Signal an die Jugendlichen in solchen Stadtteilen, in denen ein besonderer Handlungsbedarf besteht.

Zum zweiten findet eine Aufstockung der Mittel im Bereich der Förderung von besonderen jugendpolitischen Maßnahmen statt. Die CDU hat sich im Ausschuß gegen diese Erhöhung um 500 000 DM ausgesprochen und zeigte mit dem Finger auf die Formulierung der Begründung "Die Förderung neuer Formen in der Jugendarbeit gewinnt zunehmend an Bedeutung, weil durch traditionelle Formen der Jugendarbeit eine Vielzahl von Jugendlichen nicht mehr erreicht wird".

(C) Ich betone dabei die Worte "traditionelle Formen", an denen die CDU ihre Ablehnung der Aufstockung um 500 000 DM festgemacht hat, weil sie die Einschätzung der Koalitionsfraktionen, daß ein Teil der Jugendlichen dadurch nicht mehr erreicht wird, nicht teilt.

Für mich drängt sich dabei der Eindruck auf, daß die CDU auch hier die Augen vor realen gesellschaftlichen Entwicklungen verschließt. Hier wird ja nicht behauptet, daß die traditionelle Jugendarbeit nichts mehr taugt, sondern es wird lediglich festgestellt, daß sie nicht mehr alle Jugendlichen erreicht. Darin sehen wir uns nicht nur durch unsere konkreten Erfahrungen vor Ort bestätigt, sondern auch durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse.

Wir halten die starre Haltung der CDU an diesem Punkt für bedauerlich, weil sie sich damit innovativen Projekten in den Weg stellt, die die Integrationskraft der Jugendarbeit stärken sollen. Unserer Meinung nach sollten hier besonders Projekte der Mädchenarbeit sowie der interkulturellen Jugendarbeit gefördert werden.

(D) Die Haltung der CDU ist darüber hinaus besonders bedauerlich, weil wir im kommenden Jahr ein großes jugendpolitisches Projekt auf den Weg bringen wollen: das Jugendfördergesetz. Die Überlegungen des Ministers dazu sind seit längerer Zeit bekannt. Deshalb sind wir davon ausgegangen, daß auch die Opposition in diesem Hause das Anliegen nicht nur wohlwollend begleitet, sondern auch unterstützt.

Es ist unbestritten, daß in diesem Zusammenhang auch der Landesjugendplan weiterentwickelt werden muß, um sich den zum Teil neuen Herausforderungen zu stellen, die sich in den Bereichen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz auftun. Dazu gehören dann genau diese Projekte, die sich über den Tellerrand traditioneller Arbeit hinaus bewegen. Hier ist uns mit der Erhöhung des Haushaltsansatzes ein kleiner Schritt in die richtige Richtung gelungen.

Das Stichwort "Jugendfördergesetz" ist gefallen. Wir wollen im kommenden Jahr auf die Zielgerade eines 3. Ausführungsgesetzes einbiegen. Dabei ist es von eminenter Bedeutung, daß der Landesjugendplan 1997 in seiner Substanz überrollt wurde. Ich bin mir sicher, daß die Erhöhung um insgesamt 1 Million DM, die von den Koalitionsfrak-

(Koczy [GRÜNE])

(A) tionen durchgesetzt werden konnte, im Lande als ein wichtiges Signal verstanden wird.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt möchte ich hier nennen: die Mädchenarbeit als strukturell verankerte Querschnittsaufgabe sowie konkrete Maßnahmen bei sexueller Gewalt. Das alles soll im Jugendfördergesetz mitbehandelt werden.

Zum dritten sind wir mit der Ansatzserhöhung der Titelgruppe 87 "Gleichgeschlechtliche Lebensformen" bei der CDU nicht auf Gegenliebe, sondern auf Gegenwehr gestoßen. Die Koalitionsfraktionen haben hier zusätzlich 300 000 DM für Projekte gegen Gewalt an Schwulen und Lesben vorgesehen, damit freie Träger Projekte durchführen können. Daß es gewalttätige Übergriffe gegen diese Personengruppe gibt, wird von seiten der Opposition ebensowenig gesehen wie die Tatsache, daß diese Personengruppe in erheblicher Weise Diskriminierungen ausgesetzt ist.

Erneut stellen wir fest, daß die CDU vor diversen gesellschaftlichen Entwicklungen schlicht die Augen verschließt und dann keinen Handlungsbedarf sieht. Wir verschließen die Augen nicht und sehen ganz deutlich, daß wir hier etwas tun müssen. Ich hoffe, daß wir mit diesen Mitteln Maßnahmen ergreifen können, die dazu beitragen, sowohl die tätliche Gewalt als auch andere Diskriminierungen gegen Lesben und Schwule zu verringern und zu verhindern.

(B) Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich auf die wesentlichen Punkte aus dem Bereich "Kinder, Jugend und Familie" eingegangen und bitte für diese Bereiche um Ihre Zustimmung. Allerdings habe ich ein für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ganz wesentliches Thema nicht berührt, nämlich die im Haushaltsentwurf vorgesehene Aufstockung der Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und die Verwendung dieser zusätzlichen Mittel. In dieser Frage möchte ich meiner Kollegin Marianne Hürten das Wort überlassen, denn die inhaltliche Federführung bei der Beratung dieser Frage liegt seit langer Zeit im Frauenausschuß. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Hürten das Wort.

(C) **Marianne Hürten (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede an dieser Stelle nicht für meine Fraktion, aber durchaus in Kenntnis meiner Fraktion, ja, in Abstimmung mit ihr, und zwar ausschließlich zum Thema "Finanzierung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen". Der Umgang mit dieser sensiblen Frage ist für mich als Frauenpolitikerin und für meine Kollegin Sylvia Löhrmann ausschlaggebend dafür, daß wir dem Einzelplan 07 heute unsere Zustimmung nicht geben können; wir werden uns der Stimme enthalten.

Lassen Sie mich dies kurz begründen: In der Titelgruppe 60 sind im Haushaltsentwurf der Landesregierung unter der Überschrift "Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege" zusätzlich 3,55 Millionen DM eingestellt, die gemäß den Erläuterungen dazu dienen sollen, weitere Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen zu fördern. Auf der Grundlage eines regionalisierten Konzeptes soll ein ausreichendes plurales Beratungsangebot sichergestellt werden.

(D) Dieses Ziel teilen wir. Zuletzt im September dieses Jahres hat meine Fraktion ein Positionspapier mit dem Titel "Den Interessen von Frauen gerecht werden - plurales Angebot an Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen schaffen und sichern!" beschlossen.

Problematisch ist also nicht das relativ globale Ziel "Finanzierung eines pluralen Beratungsangebotes". Problematisch ist vielmehr die fehlende landesrechtliche Grundlage zur Anerkennung und zur Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen.

Bundesgesetzliche Grundlage ist das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz, das der Deutsche Bundestag am 29. Juni 1995 mit großer Mehrheit verabschiedet hat. Grundgedanke des Gesetzes ist, daß ungewollte Schwangerschaften durch ein umfassendes Beratungsangebot vermieden werden sollen und daß darüber hinaus ungewollt Schwangeren durch Beratung Hilfe und Unterstützung zuteil werden sollen. Im Gesetz selbst werden insbesondere auch die Rechte der ungewollt Schwangeren in der Beratung betont.

Den Ländern obliegt nun die Umsetzung dieses Gesetzes, und zwar nicht nur in der Sache, nicht nur durch angemessene finanzielle Förderung, sondern auch rechtlich. Konkret heißt es im Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz:

(Hürten [GRÜNE])

- (A) "Näheres regelt das Landesrecht". "Näheres" heißt im einzelnen: die Grundlagen für die gesetzlich geforderte Anerkennung der Beratungsstellen, die Konkretisierung der Anforderungen an die Beratung, die Sicherung der Rechte der Betroffenen und natürlich die konkrete Ausgestaltung dessen, was in Anbetracht der unterschiedlichen Finanzkraft der verschiedenen Träger als angemessene öffentliche Förderung zu sehen ist.

Was ist nun eine landesrechtliche Regelung? - Ich habe nie einen Hehl aus der Auffassung gemacht, daß ich persönlich ein Landesausführungsgesetz oder ein Landesgewährleistungsgesetz für richtig und angemessen halte. Selbstverständlich wären auch Landesrichtlinien eine zulässige landesrechtliche Umsetzung des Bundesrechts. Wegen der besonderen Bedeutung und Sensibilität des Themas sollten diese allerdings mindestens in Abstimmung mit den zuständigen Fachausschüssen erlassen werden.

Nun haben wir bis heute weder ein Landesgesetz noch aktuelle Landesrichtlinien. Wir hinken damit der Entwicklung in den anderen Bundesländern mit einem Abstand von etwa 15 Jahren hinterher. Die Länder Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen haben ihre Regelungen bereits dem aktuellen bundesrechtlichen Stand angepaßt. Die Richtlinien zum Beispiel von Schleswig-Holstein zeigen, daß das Landesrecht durchaus genutzt werden kann, um die Rechte der Beratung suchenden Schwangeren zu konkretisieren. So wird dort etwa sehr detailliert festgelegt, wie die Anonymität der Ratsuchenden gewahrt werden soll. Und die Anerkennung der Beratungsstellen wird unter anderem von der Einhaltung dieser Bestimmungen abhängig gemacht. Abgesehen von der unrühmlichen Sonderrolle, die Bayern einnimmt, agieren die anderen Länder immerhin auf der Basis vorläufiger Richtlinien, die sich auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 28. Mai 1993 beziehen, das ja die Grundlage für das gültige Bundesgesetz bildet.

Die letzte Rechtsgrundlage des Landes Nordrhein-Westfalen für die Anerkennung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen stammt dagegen noch aus dem Jahr 1978. Für die Anerkennung von Beratungsstellen in kirchlicher Trägerschaft sind nach diesen Richtlinien die Kirchen selbst zuständig. Insgesamt entsprechen die Richtlinien in keiner Weise der aktuellen Rechtslage. Anders ausgedrückt: Wir haben in Nordrhein-Westfalen keine gültige landesrechtliche Grundlage zur An-

erkennung und Finanzierung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. (C)

(Minister Dr. Axel Horstmann: Aber Beratung!)

Was wir haben, ist ein mit vielen Fragezeichen versehener Zwischenbericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Thematik "Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen", über den es in den zuständigen Ausschüssen noch keine abschließende Verständigung gibt. Darüber hinaus ist in der Presse bekanntgeworden, daß es eine Absprache des Ministeriums mit den katholischen Bischöfen des Landes über die Interpretation und Anwendung der sogenannten bischöflichen Richtlinien gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts dieser Situation bin ich es mir, meiner Überzeugung und meinem Gewissen schuldig, hier mit aller Deutlichkeit zu sagen: Das ist für mich keine geeignete rechtsstaatliche Grundlage, bei der ich es verantworten kann, Sozialminister Dr. Horstmann mit der Zustimmung zum Haushalt die Vollmacht über die Anerkennung und Finanzierung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Horstmann das Wort. (D)
- Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich ohne Schwierigkeiten in der Lage bin, dem jetzt vorliegenden Entwurf des Landeshaushalts 1997 auch in diesem Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik eine deutlich positivere Bewertung zuteil werden zu lassen als Frau Kollegin Hürten, auch als Frau Kollegin Koczzy. Wir haben es im übrigen nicht nur mit Überrolung zu tun, sondern damit, daß für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gegenüber 1996 im nächsten Jahr fast 155 Millionen DM mehr zur Verfügung gestellt werden. Die Aufwendungen des Landes in der Kinder- und Jugendpolitik betragen im nächsten Jahr annähernd 2,6 Milliarden DM: ein Plus von über 6 % - meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies in einem Haushaltsplan, der sich ganz erheblichen Sparzwängen zu unterwerfen hatte. Ich glaube,

(Minister Dr. Horstmann)

(A) das läßt die Bewertung zu, daß die Landesregierung, daß die Koalition in sozialpolitisch schwieriger Zeit Akzente dort setzt, wo es gesellschaftspolitisch notwendig ist.

Die Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen sind geprägt vom ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel in der Erwachsenenwelt. Dort gibt es gegensätzliche Entwicklungen. Deswegen gibt es auch gegensätzliche Entwicklungen in den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen. Ein größerer Teil der jungen Menschen kann den Strukturwandel in sozialer und materieller Hinsicht positiv für sich nutzen. Ein größer werdender Teil hat aber ungünstige Chancen und infolgedessen große Schwierigkeiten, den Anforderungen gerecht zu werden. Häufig fehlen die materiellen Grundlagen, das Leben eigenständig meistern zu können.

Mit großer Sorge müssen wir beobachten, wie Kinder und Jugendliche zu den Hauptleidtragenden werden, wenn Arbeitsplätze verlorengehen. Etwa 500 000 junge Menschen in der Bundesrepublik sind selbst ohne Arbeitsplatz. Immer mehr Kinder und Jugendliche leben unter Bedingungen der Sozialhilfe, weil ihre Eltern arbeitslos sind oder auch aus anderen Gründen.

(B) Aber die Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland wird in Rückzugsgefechte getrieben. Das ist das Ergebnis bewußter Entscheidungen und kein Zufall. Es kennzeichnet doch die Lage, daß es nicht die Bonner Familienministerin, sondern die Bundestagsopposition und die sozialdemokratisch geführten Länder waren, die verhindert haben, daß auch noch eine bescheidene Kindergelderhöhung zu Weihnachten 1996 ausgesetzt würde. Was wollen wir in Nordrhein-Westfalen 1997 tun? - Wir wollen z. B. noch stärker helfen, Familie und Berufstätigkeit miteinander vereinbaren zu können. 1997 können weitere 21 700 Kindergartenplätze geschaffen werden, 1 000 Hortplätze sowie 900 Plätze für die unter Dreijährigen. Nach den derzeitigen Berechnungen kann davon ausgegangen werden, daß spätestens 1998 der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Nordrhein-Westfalen gewährleistet sein wird. Für die Zwischenzeit ermöglicht der Haushaltsentwurf Überbrückungsmaßnahmen, Ersatzangebote für die Eltern, die ihr Kind in diesem Jahr noch nicht in einen Kindergarten bekommen. Ich kann zusage, daß jeder Antrag einer Kommune auf die Förderung von Überbrückungsmaßnahmen berücksichtigt werden kann.

Meine Damen und Herren, Ganztagsangebote für Kinder im schulpflichtigen Alter werden ein immer wichtigerer Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Allein mit den klassischen Angeboten werden wir aber auf absehbare Zeit dem Bedarf nicht gerecht werden können. Wir benötigen ein breiteres Angebotsspektrum und vielfältige Lösungen. Um innovative Konzepte - insbesondere solche in der Kooperation von Schule und Jugendhilfe - stärker fördern zu können, haben wir dafür die Mittel im Haushaltsentwurf 1997 verdoppelt. (C)

Herr Kollege Flessenkemper hat bereits darauf hingewiesen: Während die Bundesregierung den Kinder- und Jugendplan um fast 12 % zusammenstreicht, wächst der Landesjugendplan Nordrhein-Westfalen 1997 um 2,5 Millionen DM. Allein bei den MAGS-spezifischen Aufgaben liegt er um 13 Millionen DM höher als das Förderungsvolumen des Bundes.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat bedrohliche Formen angenommen. Vielen Jugendlichen droht heute die Gefahr, dauerhaft aus der Erwerbsgesellschaft ausgeschlossen zu sein. Deswegen engagieren wir uns zur Zeit sehr stark für mehr Ausbildungsplätze. Wir müssen uns jedoch auch weiter für die Förderung der Jugendlichen einsetzen, die den unmittelbaren Umstieg von der Schule in die Ausbildung nicht schaffen. Mit unseren sozialpädagogischen Hilfen beraten und stärken wir jährlich rund 42 000 junge Menschen. In den Werkeinrichtungen sind es 2 600. (D)

Wir werden die Familien verstärkt fördern. Das gilt besonders für die Familienselbsthilfe. Im kommenden Jahr stärken wir aber auch die Familienbildungseinrichtungen. Drei neue Einrichtungen werden in die Förderung aufgenommen.

Frau Kollegin Hürten, die Schwangerschaftskonfliktberatung erfährt einen beachtlichen Ausbau, einen Ausbau, der im Interesse der Frauen ausgestaltet sein wird. Ich behaupte: Mit der Ansetzung der Erhöhung von über 3,5 Millionen DM wird es möglich sein, ein flächendeckendes und plurales Angebot an Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen vorzuhalten. Ich glaube, darum geht es in Wahrheit. Nordrhein-Westfalen wird führend sein im Angebot an Beratungs- und Hilfemöglichkeiten für Frauen. Ich glaube, daß es darauf entscheidend ankommt.

Wir verdoppeln auch den Ansatz für Hilfen bei Schwangerschaftsabbrüchen, und zwar aus den

(Minister Dr. Horstmann)

(A) gleichen Gründen: weil es um praktische Hilfe geht. Wir tun dies zugunsten von Frauen, denen die Aufbringung der Mittel für einen Abbruch nicht zugemutet werden kann.

Mit einem neueingerichteten Referat in meinem Hause lösen wir unser Versprechen ein, der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften gezielt entgegenzuarbeiten.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr gut formuliert, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt auch 1997 auf aktives Handeln. Wir handeln, wo andere reden und die Opposition schweigt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Flessenkemper das Wort.

(B) **Bernd Flessenkemper (SPD):** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Hürten! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um ganz kurz auf Ihren Beitrag einzugehen. Wir sind schon der Meinung, daß der Punkt, den Sie angesprochen haben, in der Tat eine sehr sensible Frage angeht. Uns ist daran gelegen, deutlich dem Eindruck entgegenzutreten, die Koalitionsfraktionen wären sich in dieser sensiblen Frage nicht in vielen Punkten einig darin, worüber wir insgesamt reden, wo der Weg verläuft und das Ziel liegt. Dabei geht es etwa um die Einbindung der Beratungsstrukturen, die wir in unserem Land bereits vorfinden. Zwar haben Sie angemahnt, daß die entsprechenden Leistungsgesetze bzw. Richtlinien fehlen. Aber Sie können nicht verleugnen, daß es in unserem Lande eine Beratungsstruktur gibt. Es geht deshalb darum, im Rahmen der uns bekannten Vereinbarungen dafür zu sorgen, daß diese Beratungsstruktur eingebunden wird.

Darüber hinaus geht es - auch darin sind wir uns einig - darum, daß wir dann, wenn wir über neue Beratungsstellen reden, insgesamt den Aspekt der Pluralität viel deutlicher in den Vordergrund zu stellen haben. Auch darin sind wir uns einig. Wir haben die Zusage des Ministers, daß wir uns in Kürze über Richtlinien unterhalten werden. Dazu

gehört natürlich auch die Verteilung von Mitteln, gehören Finanzierungsfragen. Das haben wir gestern noch einmal ausführlich in der SPD-Fraktion diskutiert. Das wurde dort noch einmal per Beschluß bestätigt. (C)

Wir gehen davon aus, daß dieser konstruktive Weg so weiter beschritten werden kann. Ich kann deshalb nur an Sie appellieren und unterstelle das eigentlich, daß wir in dieser sensiblen Frage gemeinsam als Regierungskoalition zu einer Lösung kommen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Zum Bereich "Kinder, Jugend und Familie" liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zu

c) Migration

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Dedanwala das Wort.

(D) **Vera Dedanwala (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der nordrhein-westfälische Haushalt muß in seinen Einzelplänen verstärkt und wie selten zuvor die solidarische Gesellschaft in unserem Land stützen.

Denn wir erleben zur Zeit einen so strikten Sozialabbau in Bonn, daß er viele, viele Gruppen in unserer Gesellschaft schwächt - seien es die Alten, seien es die Kranken, seien es die Behinderten, die chronisch Kranken, seien es die Kinder, wie wir eben gehört haben. Natürlich wird durch den Abbau auch die solidarische Gesellschaft im Bereich der Migranten geschwächt, die ja in vielen Feldern in den letzten Jahren schon das Schlußlicht der Entwicklung gebildet haben.

Unser Fachbereich Migration ist im vergangenen Jahr zum ersten Mal in Haushaltsberatungen gegangen. Unser letztjähriges Ziel war es, das Landeszentrum für Zuwanderung, das als Modellprojekt für alle Bundesländer hier in Nordrhein-Westfalen gegründet worden ist und in Solingen angesiedelt werden soll, auf den Weg zu bringen. Das haben wir in diesem Jahr räumlich und bis zum

(Dedanwala [SPD])

- (A) Ende des Jahres mit Besetzung der Leiterstelle auch personell wohl geschafft. Wir werden dann mit der Arbeit in diesem Landeszentrum beginnen können und wollen versuchen, dort Forschung und Praxis zu vernetzen, damit die Ergebnisse weitere sinnvolle Politik möglich machen.

Wir haben darüber hinaus erhebliche neue Konzeptionen im Bereich der vorschulischen sprachlichen Förderung von Kindern zu begrüßen. Hier hat das Ministerium uns sehr gute Ansätze geliefert, die in praktische Arbeit übergehen werden. Wir sind sehr gespannt, welche Ergebnisse wir am Ende des Jahres 1997 daraus ziehen können.

Bescheiden, wie es der Landeshaushalt 1997 von den Fachbereichen fordert, stellen wir lediglich zwei Haushaltsanträge.

Zum einen geht es um die Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus. Wir sehen, daß im europäischen Jahr gegen den Rassismus ein Haushaltsansatz nicht um 200 000 DM gekürzt bleiben kann. Wir stellen hier den Antrag, die ursprüngliche Haushaltslage wiederherzustellen, und entnehmen diesen Betrag einer anderen Haushaltsstelle, wo er nicht so dringend gebraucht wird wie in diesem Bereich.

- (B) Mit dem zweiten Antrag wollen wir die Mittel für die Selbstorganisationen und Selbsthilfegruppen erhöhen, weil in diesem Bereich Erhebliches an Initiativen der Leute selbst entstanden ist. Hier soll es ein deutliches Signal des Landes geben, daß wir nicht nur in althergebrachten Strukturen die Politik für Migranten stützen wollen, sondern daß wir auch ihre eigenen Wege und eigenen Organisationen und Selbsthilfegruppen stützen wollen.

Ich bitte Sie, diesen Anträgen und damit auch dem Einzelplan 07 zuzustimmen.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich feststellen, daß die Opposition heute hier eine wunderbare Gelegenheit gehabt hätte, ihr politisches Gegenmodell in allen Fachbereichen vorzustellen

(Regina van Dinther [CDU]: Das tun wir das ganze Jahr!)

und noch einmal als Gesamtschau darzubieten. Daß sie darauf verzichtet, kann für mich nur eine Ursache haben: Sie haben kein Gegenmodell, mei-

ne Damen und Herren. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Dr. Hammad das Wort.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Haushalt lassen sich die Kontinuität und der Stellenwert eines politischen Feldes ablesen. Dieses Prinzip gilt auch für die von der rot-grünen Koalition begonnene Migrationspolitik, die Gleichstellung und politische Beteiligung der Eingewanderten zum Ziel hat.

Im Vergleich zu den Haushaltsmitteln der Jahre 1995 und 1996 ist es uns dieses Jahr gelungen, eine Steigerung zu erreichen. Dies ist in Zeiten knapper Kassen keine Selbstverständlichkeit, und insofern verdient es unsere positive Einschätzung.

Darüber hinaus ist uns der Einstieg in eine neue Qualität gelungen. Mit 650 000 DM werden Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten gefördert. Sie haben sich zusammengeschlossen, um ihre Situation zu verbessern und um als Akteure und nicht nur als Objekte anerkannt und gehört zu werden. (D)

Dabei ist nicht die Summe entscheidend, sondern der Weg, den wir einschlagen. Nicht das Defizit der Migrantinnen und Migranten steht im Vordergrund, sondern die Kompetenz dieser Menschen. In einer globalisierten Welt beginnt der Austausch mit anderen dort, wo sie leben. So eröffnen wir uns die Chance, Erfahrungen, Kompetenzen und Ideen dieser Menschen zu nutzen, mit denen wir zusammenleben und auch in Zukunft zusammenleben werden.

An dieser Stelle möchten wir nicht versäumen, die Einrichtung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte besonders zu begrüßen. Von der mit 450 000 DM geförderten Arbeitsgemeinschaft versprechen wir uns einen qualifizierten Partner, der in der Lage sein wird, neue Impulse und Ideen zu geben und Einfluß zu nehmen. Damit werden die neuen Inländer zum Mitgestalter und zum Partner in einer schon längst multikulturellen Gesellschaft.

(Dr. Hammad [GRÜNE])

- (A) Aber auch der Sozialpolitik kommt nach wie vor eine besondere Bedeutung zu. Der weitere Ausbau der Regionalen Arbeitsstellen - RAA - und die Erhöhung der Haushaltsmittel zur Stützung der Integration um weitere 650 000 DM sind ein guter Anfang.

Im Jahre 1997 und in den folgenden Jahren wird es verstärkt notwendig sein, die Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten voranzutreiben. Die großen Herausforderungen, die wir noch zu bewältigen haben, um zwei Millionen Menschen ohne deutschen Paß in unserem Lande vom Rand in die Mitte der Gesellschaft zu holen, bedürfen großer Anstrengungen aller Beteiligten in Politik und Gesellschaft. Arbeitslosigkeit, Armut und Benachteiligung dürfen nicht zum Ausdruck nationaler Zugehörigkeit werden. Dies zu verhindern bedarf neuer Sichtweisen, neuer Konzepte und neuer Anstrengungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der personellen Verstärkung des Migrationsreferats im MAGS und der Fortsetzung des Aufbaus des Landeszenentrums für Zuwanderung in Solingen ist eine notwendige Voraussetzung dafür geschaffen worden. Aufgabe der neuen Strukturen ist es, das Thema Migration aus der Ausländernische herauszuholen und als Handlungsaufgabe für alle Bereiche der Landespolitik zu etablieren. Es ist weiterhin hervorzuheben, daß zum ersten Mal in einem Landesministerium Migrantinnen leitende Positionen übernehmen.

- (B) Neben der Förderung kompensatorischer Ansätze bedarf es einer aktiven Gleichstellungspolitik. Für uns ist es besonders erfreulich, daß zum ersten Mal in einem Bundesland Antidiskriminierungsarbeit nicht nur anerkannt und gewürdigt, sondern auch finanziell und fachlich unterstützt und begleitet wird. Denn die Diskriminierung von 2 Millionen Eingewanderten wird von uns nicht mit Sonntagsreden oder gutgemeinten Appellen, sondern mit konkreten Maßnahmen beantwortet.

Diskriminierung darf nicht länger als unabänderliches Schicksal hingenommen werden. Daß wir in dieser Sicht nicht alleine stehen, lehren uns Gesetze und erfolgreiche Erfahrungen aus den europäischen Nachbarländern.

Die Förderung von Antidiskriminierungsprojekten zielt nicht auf vermeintliche Befriedigung grüner Klientel, wie manche es glauben machen möchten. Unternehmen wie die Volkswagengruppe oder die Thyssen Stahl AG haben Betriebsverein-

barungen zur Förderung der Gleichbehandlung aller ausländischen und deutschen Belegschaftsmitglieder abgeschlossen. Als Teil der Personalentwicklung wird die Bekämpfung von Diskriminierung im Betrieb als wichtige Voraussetzung auch für den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens erkannt.

In vielen Kommunen und Ministerien wird zur Zeit an einem neuen Profil gearbeitet. Hier erwarten wir, daß aus den Vereinbarungen bei VW und Thyssen positive Impulse übernommen werden. Es geht dabei nicht um wortreiche Bekundungen, sondern um konkrete Maßnahmen bei Einstellung, Qualifizierung und Beförderung. Bei Diskriminierungstatbeständen im Betrieb sind sogar bei VW und Thyssen Sanktionsmaßnahmen verabredet worden.

Neben der Diskussion um Haushaltszahlen kommt es im Jahre 1997 darauf an, neue Wege zu beschreiten, die auf mehr Beteiligung von Migrantinnen setzen. Für uns ist es unverständlich, daß es für eine 10 % große Bevölkerungsgruppe kaum eine Öffnung der Angebote der politischen Bildung und von Dienstleistungen in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft, Wohnung, Gesundheit und anderen gibt. Zukünftig wird es darauf ankommen, ein neues Verständnis von Gleichstellungspolitik auch in diese Bereiche hineinzutragen.

In der Praxis innovativ handeln, heißt nicht nur, zukunftsweisend denken und Neues aufbauen, sondern auch vorhandene Strukturen so zu gestalten, daß sie für alle nutzbar gemacht können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine neue Migrationspolitik erfordert Mut, Mut zu haben, neue Wege zu gehen und über die Parteigrenzen und Parteiinteressen hinaus zu handeln. Auch die Opposition ist gefordert, konstruktiv mitzuarbeiten.

Angesichts der demographischen und der sozialen Entwicklung darf es nicht zu einem Stillstand oder gar einem Rückschritt auf dem begonnenen Weg der Gleichstellung kommen; denn die Erwartungen an uns alle sind groß. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Horstmann das Wort.

(C)

(D)

(A) Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Migrationsangelegenheiten haben in der politischen Debatte seit einiger Zeit eine wachsende Aufmerksamkeit und Bedeutung.

(Zuruf des Oliver Wittke [CDU])

- Das ist zu Recht so, denn, Herr Kollege Wittke, wie wir das Zusammenleben zugewanderter und einheimischer Mitbürger sinnvoll und produktiv regeln können, wird immer mehr zu einer Existenzfrage für unsere Gesellschaft.

(Oliver Wittke [CDU]: Darum kommen Sie ständig in unseren Ausschuß!)

Am 31. Dezember 1985 gab es 1,3 Millionen Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Ende 1995 waren es 1,96 Millionen, und nach einer Prognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik kann für das Jahr 2005 mit 2,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländern in Nordrhein-Westfalen gerechnet werden. Seit 1989 sind eine halbe Million Aussiedler nach Nordrhein-Westfalen gekommen.

(B) Ich glaube, dies zeigt die Dimension der Aufgabe, vor der wir stehen. Ich bin überzeugt: An den Anfang einer Politik, die Integrationserfolg will, gehört es, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß diese Lebenswirklichkeit überhaupt zur Kenntnis genommen wird. Leider ist das kein Allgemeinut deutscher Politik bisher. Die Bundesregierung etwa ist immer noch nicht bereit, sich von der Frage leiten zu lassen: Was erfordert der notwendige Integrationserfolg? Insbesondere die Union kämpft um Prinzipien, nicht um Ergebnisse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für mich steht fest: Vieles von dem, was wir hier in Nordrhein-Westfalen an Angeboten und Hilfen sozialer Integration leisten, tun wir auch, um negative Folgen einer Staatsbürgerschaftspolitik zu beseitigen und zu kompensieren, die den zu uns gekommenen Ausländerinnen und Ausländern eben nicht die ausgestreckte Hand zeigt, sondern ihnen eher signalisiert: Wir möchten euch in Deutschland eigentlich lieber nicht haben.

Nordrhein-Westfalen ist ein tolerantes Land. Wir setzen auf gutes, auf verständnisvolles Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Wir wollen aktiv die Rahmenbedingun-

gen gestalten, die notwendig sind, damit das Zusammenleben unterschiedlicher nationaler und ethnischer Gruppen in unserem Land gefördert wird. Die Zuwanderungs- und Integrationspolitik der Landesregierung richtet sich in 1997 an zwei Leitlinien aus. (C)

Erstens. Wir wollen die integrationspolitischen Anstregungen auf hohem Niveau fortsetzen. Die Aufwendungen für die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Migrantinnen und Migranten konnten um knapp eine halbe Million DM erhöht werden.

(Unruhe - Glocke)

Wir leisten damit einen stabilen Beitrag dazu, daß den zugewanderten Kindern, Jugendlichen und Familien Zukunftsperspektiven geboten werden können, etwa durch die Förderung der sozialen Beratung, durch die 23 regionalen Arbeitsstellen, durch die Maßnahmen der beruflichen Eingliederung und auch durch die Förderung von Selbstorganisationen. Auch für die soziale und berufliche Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern übernimmt das Land Mitverantwortung. Dafür investieren wir weiterhin 2,8 Millionen DM, davon allein 1,8 Millionen DM für besondere arbeitsmarktpolitische Hilfen. (D)

Zweitens verwirklichen wir jetzt zwei wichtige organisatorische Innovationen in der Integrationsarbeit. Mit dem Landeszentrum für Zuwanderung, das in Solingen aufgebaut wird, und mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, die Ende Oktober gegründet wurde, werden die integrationspolitischen Aktivitäten erheblich ausgebaut. Gerade das Landeszentrum an der Schnittstelle von Wissenschaft, Praxis und Politik wird, wie Frau Kollegin Dedanwala zu Recht gesagt hat, eine wichtige Rolle bei der Förderung eines friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens übernehmen. Es findet in allen Fachkreisen, bei allen engagierten Verbänden und Gruppen große Zustimmung.

Mittlerweile wird dieser zukunftsweisende Schritt Nordrhein-Westfalens auch von anderen Ländern gewürdigt. Kritik an diesem Schritt gibt es eigentlich nur bei der Landtagsopposition. Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, soweit Sie anwesend sind! Sie sollten sich das wirklich noch einmal überlegen. Sie stellen sich damit ins Abseits.

(Minister Dr. Horstmann)

(A) Übrigens: Für dieses Landeszentrum werden keine zusätzlichen Stellen geschaffen. Hier handelt es sich vielmehr um eine Umwidmung von Stellen bei der Landesstelle Unna-Massen, eine Umwidmung, die keine Beschneidung der dort erfolgreichen Arbeit bedeutet. Im Gegenteil: Wir tun einen Schritt praktischer Verwaltungsmodernisierung. Die Organisationsstrukturen der Integrationsarbeit werden ohne Ausdehnung auf neue Herausforderungen ausgerichtet.

Mit der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte am 26. Oktober dieses Jahres ist für die kommunalen Ausländerbeiräte eine Informations- und Kommunikationsstruktur geschaffen worden - aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt, insbesondere deshalb, weil er die integrationsfreundlichen Gruppen ausländischer Bürgerinnen und Bürger stärken wird. Das ist in der derzeitigen Situation außerordentlich wichtig. Ich bin sicher, daß von der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte positive Impulse für einen demokratischen und toleranten Dialog zwischen ausländischen und deutschen Mitbürgern ausgehen werden.

(B) Leider hat uns die CDU-Fraktion in den Ausschüßberatungen nichts als Polemik geboten. Das ist nicht gut auf einem sensiblen politischen Feld, auf dem man mit falschen und pauschalierenden Behauptungen Vorurteile und Ressentiments schürt. Auch heute ist das nicht anders, obwohl die Landtagsopposition ja gar nicht redet. Ich möchte ein Beispiel nennen. Sie bezeichnen in Ihrem heutigen Änderungsantrag als "unvertretbare freiwillige Leistung" des Landes die - ich darf zitieren - "zusätzliche Sozialberatung von Ausländern durch grüne Klientelgruppen (6,6 Mio. DM)". Was soll, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, eine solch undifferenzierte, eine solch unsachliche, eine so irreführende Behauptung!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir leisten diese Sozialberatung seit vielen Jahren erfolgreich, übrigens in Zusammenarbeit mit dem Bund. Es ist auch kein neues Geld. Der Ansatz wird aus dem Haushaltsplan 1996 überrollt. Und diese wichtige Sozialberatung wird von der Arbeiterwohlfahrt, der Diakonie und von der Caritas getragen, meine Damen und Herren. Wenn die CDU-Fraktion hier von "grünen Klientelgruppen" spricht, irritiert mich das, offen gestanden, sehr. Ich würde dazu sehr gern eine Bewertung der CDU-Fraktion hören.

(C) Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanken. Sie haben die Landesregierung bei ihren Anstrengungen unterstützt, trotz aller Sparzwänge die Integrationsanstrengungen auf hohem Niveau fortzusetzen. Sie haben in den Beratungen ein deutliches Signal dafür gesetzt, daß der Integrationspolitik in diesem Land hohe Priorität eingeräumt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb **schließe** ich die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wer dem **Einzelplan 07** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1607** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei zwei Enthaltungen gegen die Stimmen der CDU so **beschlossen**.

Ich rufe nunmehr

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

auf und verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1614.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile Herrn Kollegen Wolf von der SPD-Fraktion das Wort.

Gerd-Peter Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein bißchen gespenstisch ist es schon, wenn man zu einem Haushalt redet, und einer der Gesprächspartner, die man hat - die Opposition -, fällt aus. Abstinenz als Anfall kollektiver Faulheit

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Oliver Wittke [CDU] zur Präsidentin: Rügen!)

hat natürlich seine zwei Seiten. Sie müssen mir endlich einmal - ich freue mich, daß auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Wohnungsbauausschuß da sind - einfach nur zuhören.

Die wichtigste Botschaft, die man mit dem Haushalt 1997 für den Baubereich überbringen kann, ist: Auch im nächsten Jahr werden mindestens